

Solche Gedankengänge sind Poinecaré, der ja nur zu gut weiß, wo die wahren Kriegsschuldigen sind, wohl manchmal in stillen Stunden gekommen. Dabei erklärt sich, warum gerade er der Urheber der Forderung nach Privatisierung der deutschen Tribute wurde. Hier aber liegt der Kern der ganzen Sachverhältnisse. Man ist deshalb so verhältnismäßig leicht auf die deutschen Forderungen nach sachverständiger Prüfung der deutschen Tribute eingegangen, weil man damit hofft, unsere Leistungen unabhängig davon, wie sich die Weltmeinung gestaltet, dauernd festzulegen. Eine politische Schuld von Staat zu Staat muß revidiert werden, wenn die Grundlage (Kriegsschuldfrage), auf der sie besteht, sich ändert. Sie kann revidiert werden, wenn sie der Leistungsfähigkeit des Schuldners nicht angepaßt ist. Aber private Schulden sind unantastbar. Ein Staat, der seine privaten Schulden nicht erfüllen wollte, würde seinen Kredit einbüßen, würde sich aus der Weltwirtschaft selbst ausschalten. Deshalb drängen die Sachverständigen darauf, daß die deutschen Tributleistungen privatisiert und kommerzialisiert werden. Unsere Sklavensketten sollen unabhängig von politischen Ereignissen werden, sie sollen für Zeit und Ewigkeit geschmiedet werden. Das ist der wahre Kern der Pariser Verhandlungen. Wenn an den Weltbörsen nun Privatpersonen deutsche Reparationsanleihe als Anlagepapiere kaufen können, so handelt es sich nicht darum, dem reichen Frankreich das ach so dringende benötigte Bargeld in die Hand zu drücken, sondern darum, Deutschland jeder zukünftigen, aus politischen Gründen möglichen Revision der Tribute zu berauben. Das ist der wahre Grund dafür, warum unsere Tribute „aus dem Politischen in die privatwirtschaftliche Atmosphäre übergeführt“ werden sollen, wie es in den offiziellen Verhandlungsmitt-

teilungen so menschenfreundlich und so wunderschön, harmlos heißt.

Und diesem Plan dient der neueste Vorschlag der Sachverständigen in Paris: die Schaffung einer Reparationsbank, die alle damit zusammenhängenden Geschäfte übernehmen soll. In ihr soll Deutschland seine Tribute einbringen, die Bank besorgt den Transfer von deutscher Währung in die ausländische, sie läßt damit zugleich einen gewissen Währungsfluß aus, sie emittiert Anleihen und bringt die privatwirtschaftlichen Tribute an den Weltbörsen unter. Die gefährliche Bedeutung dieser Reparationsbank liegt darin, daß sie die Entpolitisierung und Privatisierung unserer Tribute vollkommen garantiert. Nach der bisherigen Entschlossenheit wäre nur der Teil unserer Voten einer zukünftigen Revision entfallen, der von Privatpersonen als Reparationsanleiheübertragung angekauft worden ist. Aber die Reparationsbank, eine, wie in den Kommuniqués ausdrücklich und wiederholt betont wird, „rein privatwirtschaftliche Organisation“, soll ihrem ausdrücklichen Zwecke gemäß, unsere gesamten Tribute aus der „politischen in die privatwirtschaftliche Atmosphäre überführen“. Das bedeutet nichts anderes, als daß wir die Schuldner dieser „rein privatwirtschaftlichen Organisation“ werden, deren Gläubiger wiederum unsere bisherigen Gläubiger werden. Alles rein privatwirtschaftlich, nichts mehr politisch, denn das alte System der Forderungen über den Reparationsbankentwurf ist die deutsche Forderung nach Revision nicht aus. Die Reparationsbank wird sicher ein glänzendes Geschäft für den Weltbankier Morgan. Für uns aber bedeutet sie ein Verbot, aus dem wir uns nicht mehr befreien können, wenn wir, von seinen schillernden Fäden verledet, darauf eingehen. Eine Revision der deutschen Tributlasten wäre in Zukunft völlig ausgeschlossen.

Ein Zufallslieg der Rinken über Poinecaré

Paris, 8. März. In der Kammer kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Poinecaré und der Linken. Der Ministerpräsident Daladier griff die Regierung an, da sie ihre Berichte über den Haushaltsplan des künftigen Jahres nicht rechtzeitig den Ausschüssen vorgelegt hätte. Als nun Poinecaré die Angriffe beantwortete, wies ihm Poinecaré mit außerordentlicher Schärfe zu, daß er sich nicht so verhalten solle, „so wie Poinecaré, das die die Regierung führen wollen.“ In der Kongressfrage wird die Regierung weiterhin andere Vorlagen einbringen als die, die bereits den Ausschüssen vorgelegt sind. Die Abstimmung, die durch das Parlament vorgenommen wird, ergibt überraschend, daß die Linke über eine Mehrheit verfügt, mit der das Protokoll abgelehnt wird. In dem unangenehmen für die Regierung, der dieser Abstimmung folgt, verliert der Präsident die Mehrheit. Während der nur wenige Minuten dauernden Unterbrechung bleiben Poinecaré, Barthou und Chéron auf der Regierungsbank sitzen.

Der Koffert-Heberfall planmäßig vorbereitet

Wien, 8. März. Wie wir zu den Vorfällen in Würzburg erfahren, waren bereits am Mittwoch aus dem ganzen Koffert mehr als 400 Kommunisten von der Gauleitung nach Würzburg beordert worden. An den Schlägeren waren auf beiden Seiten über 100 Mann beteiligt. Die Schläger, in der Gummihühner, Tischläger und Messer eine Rolle spielten, hatte ungefähr eine Stunde gedauert, bis es der Polizei gelang, die Kämpfer zu trennen. Unter den Verletzten befand sich ein junger Mann, der durch einen Schuß in die Schulter schwer verletzt wurde. Die Nationalsozialisten haben an, daß das Verbot an eine falsche Stelle der Partei gelangt sei, so daß es nicht möglich gewesen wäre, die Versammlung noch rechtzeitig abzusagen. Die Kommunisten veranstalteten einen Umzug. Während dieses Umzuges überfielen sie die Nationalsozialisten mit Schlägern, Messern und Sägen. Ingesamt wurden sieben verletzte dem Kaiser Krankenhaus angeführt. Die beiden getöteten Nationalsozialisten stammen aus der diesigen Gegend, der getötete Kommunist aus Friedersdorf in Schlesien.

Ausfahrungen auch in München

München, 8. März. Der unter kommunistischer Leitung stehende Erwerbslosenausschuss hatte eine Erwerbslosensammlung im Hofsaalgebäude abgehalten, an der ungefähr 400 Personen teilnahmen. Obwohl dem Versammlungsleiter mitgeteilt worden war, daß Demonstrationen nicht abgehalten werden dürften, forderte der Redner, der kommunistische Landtagsabgeordnete Pfeiffer, zur Bildung eines Demonstrationsganges auf und stellte sich an dessen Spitze. Der Gang, der auch bereit gehaltene Plakate mitführte, wurde an der Hofstraße durch die Schutzpolizei aufgehalten. Dabei mußte vom Gummihühner und Säbel Gebrauch gemacht werden, da die Teilnehmer sofort mit Stangen und Latzen angreifend vorgingen. Von den Schutzleuten wurden fünf verletzt. Drei Personen wurden festgenommen.

Orlow Verfertiger des Sinowjew-Briefes?

Berlin, 8. März. Die politische Polizei hat das bei den Dokumentenforschern Orlow und Pawlowitsch vorgefundene Material gesichtet. Orlow hat gestanden, die Fälschungen in den Jahren 1926 bis 1927 hergestellt zu haben, offenbar, um sie Interessenten zu verkaufen. Dokumentarisches Material über den Fall Ananassia hat man nicht gefunden. Weiteres Material, das auf eine gewisse nachrichtliche Tätigkeit Orlows nach dem Auslande hindeutet, wird noch geprüft. Stempel und Blankopapiere die vorgefunden wurden, bilden ein besonders wichtiges Beweismaterial. Das bei Pawlowitsch vorgefundene Material ist offenbar überaltert und für die gegenwärtige Untersuchung von geringer Bedeutung. Die Ermittlungen werden fortgesetzt, insbesondere nach der Richtung, ob Orlow auch Verfertiger der Vorab-Dokumente und eventuell auch des Sinowjew-Briefes ist, ebenso auch nach etwaigen Hintermännern und Gehilfen.

Unterstellungen polnischer Spigel

Warschau, 8. März. Vor einigen Tagen wurde in Warschau der Vorsitzende des überlieferten polnischen Ausschusses der Oberklasse, Sienkiewicz, sowie der ehemalige Vizevorsitzende Biernacki verhaftet. Wie selbst die polnische Presse angibt, haben sich die beiden Verhafteten bedeutende und zahlreiche Unterstellungen an Schulden kommen lassen. Sowohl Sienkiewicz als auch Biernacki waren vor ihrer Verhaftung im ausländischen Gebiet als Spigel im Dienste der polnischen Geheimpolizei in Oberschlesien tätig. Die Blätter kündigen noch weitere Verhaftungen an.

Große Panama-Affäre in Rumänien

Bukarest, 8. März. In der Kammer erklärte Handelsminister Radu in Beantwortung einer Interpellation, daß er im Ministerium eine neue große Panama-Affäre entdeckt habe. Es handelt sich darum, daß 8000 Aktien der Erdöl-Gesellschaft Sirus unter der Regierung Averescu der Volkspartei von der Gesellschaft zum Geschenk gemacht werden mußten, damit man sie nicht weiter verfolge. Die Erklärung hat ungeheuerliches Aufsehen erregt. Der Minister sagte hinzu, daß er dem Staatsanwalt die Aktien übermitteln werde und daß dieser die Untersuchung demnach einleiten werde.

Nach Rumänien demontiert. Der Kriegsminister demontiert das Verstecken eines angeblichen geheimen polnisch-rumänischen Militärvertrages. Der in Rom veröffentlichte Text wird als plumpe Mystifikation betrachtet.

„Front 1929“

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. März. Zu unserer in der Freitag-Morgenarbeit wiedergegebenen Meldung über eine Zusammenkunft zwischen dem Jungdeutschen Orden und der „Front 1929“ werden wir darauf hingewiesen, daß der Führer der „Front 1929“, August Freiherr v. Rheinbaben, nicht identisch ist mit dem völksparteilichen Reichstagsabgeordneten Staatssekretär a. D. Werner Freiherr v. Rheinbaben, der allerdings zum engen persönlichen Freundeskreis des Reichsaußenministers Dr. Stresemann gehört. Insofern ist die in unserer Mitteilung ausgesprochene Vermutung, daß Dr. Stresemann hinter der Schaffung der von Freiherr August v. Rheinbaben geleiteten „Front 1929“ stünde, wohl nicht so ohne weiteres zu belegen, als wenn, wie wir irrtümlich annahmen, Staatssekretär a. D. Freiherr Werner v. Rheinbaben der Führer dieser neuen politischen Vereinigung wäre, was jetzt, wie gesagt, nicht der Fall ist.

Chamberlain verspottet den Kelloggpaft

Ironische Bemerkungen über die amerikanische Friedenspolitik

London, 8. März. Schon wieder liegt ein Chamberlain-Zwischenfall vor, der der angloamerikanischen Verständigung neue Nahrung gibt. Sir Austen Chamberlain hatte in Genf bei einem Presse-Empfang der britischen Journalisten auch auf Fragen über den Kelloggpaft geantwortet und soll bei dieser Gelegenheit ironische Bemerkungen über den Kelloggpaft im besonderen und die amerikanische Friedenspolitik im allgemeinen gemacht haben. Der Pressereferent Chamberlains, Stewart, bekräftigte sofort Komplikationen und, nachdem Chamberlain die Journalisten entlassen hatte, legte er sich sofort mit allen 15 an der Besprechung beteiligten Journalisten persönlich in Verbindung und beschwor sie, die Bemerkungen Chamberlains über den Kelloggpaft nicht zu veröffentlichen. Alle 15 haben sich hierzu eingelassen und Stewart die Versicherung abgegeben, die betreffenden Bemerkungen des britischen Außenministers nicht weiterzugeben. Chamberlain erfuhr von diesem Schritt erst später, jedoch hatte einer der Korrespondenten bereits mit dem Vertreter der „New York World“ gesprochen und dieser hatte bereits ein drastisches Telegramm an seine Zeitung geschickt. Das einzige Blatt, in dem die Chamberlainischen Bemerkungen veröffentlicht wurden, war also die „New York World“. Nach diesem Blatt soll Chamberlain gesagt haben, daß

London und Paris in der Abrüstungsfrage einig

Genf, 8. März. Aus Kreisen der englischen Delegation wird bekannt, daß ein Meinungsabtausch über den Arbeitsplan des vorbereitenden Abrüstungsausschusses stattgefunden hat, der am 15. April zusammentritt. In diesem Meinungsabtausch ist eine Übereinstimmung zwischen dem englischen und französischen Standpunkt festgestellt worden, in der Richtung, daß auf der Tagung des Ausschusses nur Fragen geringerer Bedeutung verhandelt werden sollen.

Die von der deutschen Abordnung geordnete zweite Fassung des vorliegenden Abänderungsantrags soll auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Die Vertreter haben erklärt, daß, falls die konservative Partei am Ruder bleiben sollte, sofort nach den Wahlen die Regierung den Vereinigten Staaten einen konkreten Vorschlag über die Begrenzung der Flottenrüstungen vorzulegen werden. Erst nach Abschluß der Verhandlungen über die Seearüstung im Januar 1930 sollen dann die Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung weiter geführt werden.

Eine Milliarde für britische Flottenbauten

London, 8. März. Die am Freitag veröffentlichten Flottenvoranschläge für das Jahr 1929 schließen mit 55 885 000 Pfund (1117 Millionen Mark) gegenüber 57 300 000 Pfund im Vorjahre ab. Durch die Ersparnisse wird der Bauplan für 1929 und die Gesamtschlachtkraft der Flotte in keiner Weise beeinträchtigt. Der Plan für 1929 umfaßt drei Kreuzer, einen Flottenführer, acht Zerstörer, sechs Unterseeboote, einen Minenleger und sechs Schiffe. Die Luftstreitkräfte der Flotte werden vermehrt, und die Voranschläge für diesen Zweck sind gegenüber dem Vorjahre um rund 20 000 Pfund höher. Das Personal der Flotte werde für den 1. April mit 99 800 eingestellt.

Der Bericht des deutschen Gesandten in Brüssel

Berlin, 8. März. Wie wir erfahren, ist der deutsche Gesandte in Brüssel, Horstmann, in Berlin eingetroffen und hat bereits im Auswärtigen Amt vorgelesen, um über die Fälligkeit der Ratifizierung des belgisch-französischen Militärabkommens Bericht zu erstatten.

Genf, 8. März. Zum Schluß der Freitagsitzung des Rates hatten Staatssekretär v. Schubert und der belgische Vertreter Baron Moncheur eine längere vertrauliche Unterredung. Das ist die dritte Unterredung zwischen Schubert und Moncheur. Offenbar ist wieder die Veröffentlichung des „Allrechtlich Daablad“ und der hierzu erfolgte deutsche Schritt in Brüssel erörtert worden.

der Kelloggpaft in der Hauptsache eine amerikanische Sache und sozusagen für den amerikanischen Hausgebrauch bestimmt sei. Man könne kaum annehmen, daß er direkte und baldige Wirkungen auf die Abrüstung haben könne. Die Amerikaner hätten ja eben erst 15 neue Kreuzer in Bau gegeben. Außerdem würden die Amerikaner sicherlich nicht über den Paft kommen, um einen Staat zu betrauen, der den Kelloggpaft breche. In ähnlichem Sinn soll Chamberlain noch längere Zeit über den Kelloggpaft gesprochen haben. Chamberlain hat nun gestern die englischen Journalisten noch einmal zusammengerufen und ihnen eine schriftliche Erklärung gegeben. Die gleiche schriftliche Erklärung ist den amerikanischen Nachrichtenagenturen zugestellt worden. Chamberlain leugnet, jemals ähnliche Bemerkungen gemacht zu haben und beruft sich darauf, daß er durchaus derselben Meinung sei wie Präsident Hoover. Er stimme durchaus der Stelle der Hooverrede zu, in der es heißt: „Der Friede kann gefördert werden durch den Reichtum von unserer Fähigkeit zur Verteidigung.“ Das sei durchaus auch seine Meinung, und im übrigen habe er freiz den Kelloggpaft für wertvoll gehalten. Er bedauere außerordentlich, daß eine „Entstellung“ seiner Ausführungen dieses Paft gemacht habe. Die neuen Erklärungen Chamberlains dürften jedoch in Amerika wenig Glauben finden, da die Tatsache sich nicht leugnen läßt, daß sein eigener Pressereferent die englischen Journalisten vor der Veröffentlichung der Ausführungen seines Chefs warnte.

Die deutsche Gefahr in Ostafrika

Uneinigkeit über die Durchführung des Raubes der deutschen Kolonie

London, 8. März. Die Ankündigung über die Durchführung eines Teiles des Dillon-Young-Berichts auf Vereinigung von Kenia, Uganda und Tanganjika wird, wie die „Daily Mail“ in einem großaufgemachten Bericht betont, in englischen Kreisen der drei Gebiete wenig günstig aufgenommen. Die britischen Staatsangehörigen in den drei Gebieten seien sich selbst nicht einig. Jedes der drei Länder sei eiferfüchtig auf das andere und die Rechte der anderen. Kenia beanprucht eine bevorzugte Behandlung und verlange, daß die Hauptstadt mit dem Sitz der regierenden Körperschaften der vereinigten Gebiete auf seinem Boden liegen müsse. Uganda erhebe hiergegen starke Einwände. Tanganjika wiederum befindet sich in Gefahr, auf dem Wege über Großbritannien von zwei Ländern beherrscht zu werden, für die es wenig Sympathie habe. In vieler Hinsicht sei aber gerade Tanganjika das reichste Gebiet, das die größten Entwicklungsmöglichkeiten biete.

Schwere Explosionen

14 Tote und 38 Verletzte

Antares, 8. März. Bei der Erdölgesellschaft Romana Americana, die der Standard Oil angehört, slog in der Gegend von Morent der Dampfkessel einer Schachtanlage in die Luft, wodurch neun Arbeiter und ein Ingenieur getötet und acht Arbeiter schwer verletzt wurden.

Lincoln (Nebraska), 8. März. In der Nähe des Städtchens Scribner am Elkhornfluß explodierten während eines Brandes auf der Farm eines Kreisbeamten ein Dutzend Riken Dynamit, die in einer Scheune lagerten und zur Sprengung der Eismaassen benutzt werden sollten, die sich an den Brücken gestaut hatten. Vier Personen wurden getötet und mehr als 30 verletzt, davon 21 schwer.

Der Niederrhein eisfrei

Cleve, 8. März. Nach dem endgültigen Aufbruch des Rheineises zwischen Grieth und Emmerich bewegten sich zur Mittagszeit die Eismassen von Grieth bis zur holländischen Grenze in voller Stärke flussabwärts. Die Stadt Andernaach wurde plötzlich vom Hochwasser des Rheins überflutet. Das Wasser ergoß sich in riesigen Sturzfluten durch die Stadt und überflutete die Straßen vollständig. Die ganzen Vorflutgebiete sind mit meterhohen Eisschollen bedeckt. Auch auf dem Rhein selbst haben sich die Eisschollen haushoch aufgetürmt.

Die Eisbarre der Kieler Bucht im Treiben

Kiel, 8. März. Die Eisbarre, die die Kieler Bucht absperre, ist nördlich der von dem russischen Eisbrecher „Jernat“ gebrochenen Fahrrinne auf der Strecke von der Südspitze der dänischen Insel Arroe bis Schöneberg gebrochen und befindet sich in großen Schollen im Treiben.

Sieben Gefangene beim Ausbruchversuch getötet

London, 8. März. Bei einem Ausbruchversuch aus dem amerikanischen Staatsgefängnis in Tampico sind nach Berichten aus Mexiko-Stadt sieben Gefangene durch die Gefängniswärter getötet worden.

Zahlreiche deutsche Anstiedler seien zurückgekehrt. Ihre Zahl sei in den beiden letzten Jahren um 510 gegenüber 428 Engländern gesunken.

Insgesamt lebten bereits wieder 800 Deutsche in dem Gebiet. In einem Zeitartikel hierzu betont die „Daily Mail“, die Tatsache, daß 510 Deutsche gegenüber 428 britischen Anstiedlern eingewandert seien, zeige deutlich, daß irgend etwas mit der britischen Verwaltung nicht stimmen müsse. Der Kolonialminister müsse dieser wichtigen Frage seine volle Aufmerksamkeit widmen, bevor es zu spät sei. — Um so mehr ist aber die britische Regierung entschlossen, eine Zusammenfassung der Verwaltung von Kenia, Uganda und Tanganjika durchzuführen. Die Regierung soll eine große Anzahl zum Ausbau eines einheitlichen Eisenbahnnetzes der drei Kolonialgebiete in Aussicht gestellt haben, um auch die wirtschaftliche Anbahnung der reichen Erträge und der anderen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu verwirklichen.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat diese Mitteilungen zum Anlaß genommen, an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann nach Genf folgendes Telegramm zu richten: „Die Daily Mail“ behauptet, das englische Kabinett habe die Schaffung eines Dominion Ostafrika unter Einverleibung von Deutsch-Ostafrika beschlossen. Wir bitten dringend, beim Bülkerbund energischen Protest einzulegen.“